



Globale Zivilgesellschaft
ifs Analyse

Dr. Mario Faust-Scalisi

Gesellschaftliche und politische Polarisierung
Phänomen der Zeit, globale Herausforderung und doch auch Weg-
bereitung zu mehr zivilgesellschaftlicher Inklusion

Institut für Sozialstrategie

Laichingen – Jena – Berlin

Bleichwiese 3, 89150 Laichingen

<http://www.institut-fuer-sozialstrategie.de/>

kontakt@institut-fuer-sozialstrategie.org

März 2017, Berlin

Abstract

[EN] Polarization isn't just a challenge for politics, it is a challenge for many democratic societies. And it is a topic that questions much we hoped about civil society, within state borders and on a global scope. There are referenda and elections with results many thought would never happen. Taken as such polarization seems one of the biggest threats we are facing. First here a comparative perspective on the phenomenon is taken, what are the differences of this phenomenon globally. Building on this we can see that there are different ways to look at the phenomenon, and in the end it can seem more like a chance than a threat.

Hinführung

Wer sich derzeit mit der Thematik Zivilgesellschaft und ihrer Rolle befasst, kommt um die Erkenntnis nicht herum, dass viele Verheißungen, die der Zivilgesellschaft zugeschrieben werden oder wurden, immer öfter mit einem Fragezeichen versehen werden. Verfechter*innen direkterer Demokratie stehen beispielsweise vor der Herausforderung, dass viele Volksbefragungen oder Referenden Ausgänge nahmen, die nicht nur nicht vorhergesagt wurden, sondern laut Ansicht gerade von Politiker*innen oder Journalist*innen auch nicht einer rationalen Interessenabwägung entsprachen. Wahlen werden immer deutlicher stilisiert zu Referenden, zur Abwahl einer Politik oder der Zustimmung zu einem anderen Weg. Was als Ermächtigung der Gesellschaft und einer Berücksichtigung der Interessen der Zivilgesellschaft propagiert wird, ist oft jedoch vor allem eine Polarisierung der Gesellschaft zur Durchsetzung von Partikularinteressen. Und diese Polarisierung hat scharfe und deutliche reale Auswirkungen. Zudem ist sie ein globales Phänomen, welches sich in immer mehr Ländern zeigt.

Globales Phänomen:

Lange galt eine deutlich polarisierte Gesellschaft als Problem und Charakteristikum weniger Staaten. Bei diesen wurde dies als Stabilisierungsgefährdung ausgemacht und führte immer wieder aber auch zur Intervention von Kräften, die sich ein „höheres Ziel“ wie die Stabilität des Staates oder Systems auf die Fahnen schrieben, so dem Militär. Deutlich war dies beispielsweise in Thailand, wo sich medial etwas simplifiziert zwei Seiten gegenüber standen, klar nach Farben zu trennen, und Schichten wie Regionen zuzuordnen. Doch von dort hat sich dieses Phänomen ausgebreitet. Nicht zuletzt folgt dies medialen Vereinfachungsstrategien – auch in der Türkei treffen verkürzt Modernist*innen und Traditionalist*innen aufeinander. Gedacht sei auch an Korea. Hier tritt „das Volk“ oder auch „die Zivilgesellschaft“ gegen eine korrupte Politik an. Dies ist ein durchaus positives Phänomen, verkennt aber leicht die dahinter stehenden Polarisierungen und Instrumentalisierungen. Jene zeigten sich beispielsweise deutlich in Brasilien. Hier kämpfte „die Zivilgesellschaft“ gegen Korruption, nur um die Korruption auf einer Seite zu betonen, während jene auf der „eigenen“ Seite negiert oder mindestens heruntergespielt wurde. Dabei gab es quasi zwei Zivilgesellschaften, zwei Seiten, die die gesellschaftliche Repräsentation für sich reklamierten. Welche Rolle tatsächlich zivilgesellschaftliche Kräfte dabei hatten, ist fraglich, gerade weil beide Seiten „das Volk“ auf die Straße bringen können, beide Seiten sich also als Verteidiger*innen zivilgesellschaftlicher Interessen stilisieren können. Dahinter steckt aber nicht nur die Polarisierung der Gesellschaft, sondern auch eine Eskalation von gegensätzlichen Positionen und eine Betonung des Dagegen-Seins. Die Polarisierung geht dahin, dass sich mehr mit der stilisierten Gegenseite beschäftigt wird als mit

den eigenen Positionen, die vor allem ein „Nein zu“ sind. Gerade dies zeichnet den globalen Trend der Polarisierung von Gesellschaften und zivilgesellschaftlichen Bemühungen aus. Was medial auf schwarz oder weiß respektive gelb gegen rot verkürzt werden kann, verkauft sich nicht nur, es lenkt auch von der Notwendigkeit ab, eigene Positionen zu entwickeln statt sich an anderen abzuarbeiten. Damit verbunden sind durchaus Ungleichheitsbetonungen bezüglich Menschen und Gruppen – wenn vor allem das Nein gepflegt wird, ist dies auch ein Nein zu bestimmten Menschen und Gruppen. Dieses Phänomen prägt auch Europa. Im Vereinigten Königreich scheidet sich die Politik in Brexiters und Remainers, in Frankreich polarisiert sich die Gesellschaft um den Front National vergleichbar. Auch in Deutschland ist eine entsprechende Polarisierung zu verzeichnen. Die AfD stilisiert sich als „wahre Stimme der Bevölkerung“, im Sinne von „man müsse mal sagen, was alle denken“ werden Ressentiments bedient und eine Gegnerschaft gepflegt. Gerade weil es nicht darum geht die Eigenposition zu betonen, sondern die Gegnerschaft, hat dies den Charakter einer inklusiven Vereinigung – sei Willkommen in der Gegnerschaft. Und weil der Kontakt „zur Straße“ gesucht wird, oder ein solcher reklamiert wird, lässt sich dies als zivilgesellschaftliche Kraft stilisieren. Dies wird zum Problem für andere zivilgesellschaftliche Kräfte. Jene werden in eine Polarisierung getrieben, die gar nicht den eigenen Interessen entsprechen muss, von konstruktivem Wirken ablenkt oder dieses sogar verhindert. Zudem wird das Konzept zivilgesellschaftlicher Beteiligung und Inklusion diskreditiert. Zeige doch jede Volksbefragung die Gefahr des Konzeptes wie es gerne betont wird. Und wenn die Zivilgesellschaft vor allem dagegen ist, warum sollte diese in Entscheidungen inkludiert werden? So nimmt die politische Tendenz zu, politische Rationalität außerhalb zivilgesellschaftlicher Kräfte und Bemühungen festzumachen. „Im Sinne der Bevölkerung“ oder „des Landes“ kann dann exklusiver gewirkt werden. Die tatsächliche Komplexität von Sachthemen wird zum Begründungsschema für eine Exklusion großer Bevölkerungsteile aus Entscheidungsprozessen und eine Überleitung an ausgemachte Expert*innen. Dies ist durchaus kontradiktionär, wird doch beispielsweise bei Bauvorhaben inzwischen gerne betont, wie wichtig die Inklusion von zivilgesellschaftlichen Akteur*innen und Interessen sei – aber die Letztentscheidung soll „den Expert*innen“ vorbehalten bleiben. Zum einen kann dies durchaus auf Verständnis treffen, warnen doch das Brexit-Referendum oder manche Wahlergebnisse große Bevölkerungsteile vor zivilgesellschaftlicher Inklusion in die politische Entscheidungsfindung. Zum anderen werden so aber nur Ressentiments gegen Politik gefüttert, diese als außerhalb gesellschaftlicher Interessen und der realen Lebenswelt stehend darstellbar. Polarisierung der Zivilgesellschaft als Faktum kann nicht durch deren Exklusion oder eine Polarisierung gegen zivilgesellschaftliche Kräfte begegnet werden. Vielmehr gilt es einem anderen Weg zu folgen – der Deeskalation und moderierten Inklusion. Was dies heißen kann, und was passiert, wenn dieser Weg nicht beschritten wird, zeigt die Betrachtung zweier Beispiele. Das naheliegendste ist wohl derzeit die USA.

Der Fall USA:

Der Wahlkampf in den USA stand für eine Polarisierung der Gesellschaft, aber auch politischer Lager. Gerade Donald Trump reklamierte dabei für jene zu sprechen, die die „schweigende Mehrheit“ darstellen würden. Gemäß dieser Argumentation und Logik sind Zahlen von Demoskop*innen genauso wenig verlässlich wie politischer Journalismus, um die Mehrheit der Bevölkerung zu erfassen. Im Gegenteil gehe es um „Gespür“ für die Wünsche und Sorgen dieser Mehrheit. Dies zeichnet ein sehr einseitiges Bild der US-amerikanischen Gesellschaft und zivilgesellschaftlicher Kräfte. Diesen wird de facto die Selbstartikulation abgesprochen, ihr wird ein*e Kommunikator*in vorgeschaltet, so in Form von Donald Trump. Zudem wird der Inhalt zivilgesellschaftlicher Bemühungen auf ein Dagegen-Sein sowie die Hervorhebung von Sorgen und Ängsten reduziert, produktive, Veränderungen suchende Kräfte verschwinden in dieser Logik in die Bedeutungslosigkeit. Statt auf eine Debatten- und Diskussionskultur wird im polarisierten Bild auf den Abbau von Vertrauen und Gemeinsamkeiten gesetzt, auf „wir oder die“. Auch zeigt sich hinter der entsprechenden Argumentation eine Auseinandersetzung um das Konstrukt der Mehrheit – wenn der „Wille der Mehrheit“ zählt, und dahinter eine schweigende Mas-

se gesehen wird, dann kann bisheriges rundweg abgelehnt werden. Repräsentative Politik wird zum „Establishment“ verkehrt, und auch etablierte zivilgesellschaftliche Kräfte und Einwirkungswege fallen unter diese negative Konnotation, stünden beide doch gegen die so lange schweigende Mehrheit. Dies verbindet sich mit der durchaus berechtigten Kritik von Akteur*innen der „etablierten“ Zivilgesellschaft, dass Anliegen nicht gehört werden oder beispielsweise zivilgesellschaftliche Bemühungen, so in Form von Whistleblowern, bekämpft und nicht berücksichtigt werden. Diese polarisierende Argumentation und Politikgestaltung trifft somit auf fruchtbaren Boden und knüpft an durchaus verbreitete Kritik an, zieht aber radikalere Schlüsse. Es ist eine nahezu absolute Polarisierung von „wir-gegen-die“ und „neu“ gegen „alt“. Alt war dabei im Wahlkampf alles politisch etablierte, welches mit Korruption, Filz und Vetternwirtschaft in Verbindung gebracht wurde. Dass die selben Maßstäbe nicht für die eigene Seite Anwendung finden – wie viel Vetternwirtschaft steckt nicht beispielsweise auch im Bereich der Wirtschaft –, zeigt wieder den Fokus auf das Dagegen, statt die Konsolidierung der eigenen Seite. All diese Konstrukte zeigen sich jedoch gegenüber der Realität und deren Erfassung als brüchig. Selbstverständlich wurden Nicht-Wähler*innen zu Wähler*innen, erhob die „schweigende Mehrheit“ so ihre Stimme. Doch nicht alle stimmten für dieselbe Seite und es war auch keine Mehrheit. Des Weiteren war die nicht-mehr-schweigende Mehrheit in absoluten Zahlen gegen jenen, der sich zum Vertreter der Mehrheit erklärte. Doch Logik und Fakten stehen in dieser Polarisierung zum persönlichen Nutzen hinten an. Denn wie bereits für andere Länder konstatiert ist Polarisierung in diesem Fall zu großen Teilen auf politisches Kalkül und den persönlichen Nutzen einer Person gebaut. Wäre es aber nur dies, dann ließe sich diesem durch stetiges Enttarnen und Deeskalieren vielleicht begegnen, dann könnte Trumps Versprechen nach seinem Wahlsieg Präsident aller Amerikaner*innen sein zu wollen, vielleicht für Hoffnungen stehen. Jedoch steckt mehr hinter dieser Polarisierung, und diese hat auch weitreichendere Folgen. So zeigen sowohl Umfragen als auch Studien zu diversen Aspekten gesellschaftlichen Zusammenhalts, dass sich vielleicht nicht die Mehrheit nicht repräsentiert fühlt, aber doch große Teile der Bevölkerung. Dahinter stecken eine sich öffnende gesellschaftliche Schere, der immer wieder beschriebene Tod der Mittelschicht oder auch eine immense Bildungsungleichheit und -ungerechtigkeit. Dies ist in den USA augenfällig. Nicht umsonst stehen Staaten wie Kalifornien für einen großen Reichtum und eine liberale Lebensweise, während der Rust Belt sich über den Untergang seiner identitätsstiftenden Industrie definiert – es sind Geschichten von Aufstiegen auf der einen und Abstiegen auf der anderen Seite. So passen auch lebensweltliche Erfahrungen und Gefühle nicht mehr zusammen. Während die einen den Abstieg sehen, sich nur immer weiter abgehängt fühlen, und alle anders lautenden Zahlen bezweifeln, sehen die anderen ein Land, welches sich aus der Krise erhebt, neue Dynamik und eine schillernde Zukunft. Die Polarisierung ist nicht nur politisch oder medial konstruiert. Dahinter steckt eine tatsächliche Spaltung der Gesellschaft entlang Zukunftsaussichten und -erwartungen, Einkommen, Bildungshintergrund oder auch Wohnort. Diese Spaltungen werden aber durch eine Instrumentalisierung und Politisierung dieser in ihrer Wahrnehmung und Bedeutung noch verstärkt. Verbindendes zu sehen, wird immer schwieriger unter der Betonung der Gegnerschaft. Im Rahmen der USA spielen dabei auch noch Fragen ethnischer Zugehörigkeit eine Rolle, so die Überrepräsentation von Afroamerikaner*innen in Gefängnissen. All dies steht für eine große gesellschaftliche Aufgabe und dafür, dass zur Überwindung der Gegensätze zivilgesellschaftliche Aktivitäten notwendiger sind denn je, auch um eine Verhärtung der Polarisierung in der Wahrnehmung zu verhindern. Das letzte Beispiel der Afroamerikaner*innen steht aber auch dafür, dass jene, die sich ungerecht behandelt fühlen, nicht notwendigerweise darauf setzen, primär alle anderen heruntersetzen zu wollen oder gegen andere zu sein, sondern für die eigenen Interessen und Anliegen in einem durchaus progressiven Sinne eintreten können. Eine gesellschaftliche Spaltung kann überwunden werden, wenn ein Artikulationskanal geschaffen wird, der aus mehr als nur Dagegen besteht. Dafür finden sich die diversesten Beispiele im Rahmen von „Black lives matter“. Doch müssen diese zivilgesellschaftlich getragenen Anliegen auch Gehör finden. Und darin liegt wohl die größte Herausforderung. Die politische und gesellschaftliche Polarisierung geht inzwischen so weit, dass diese politisch instrumentalisiert werden kann und auch wird. Auch ein Hang zu Wut und

Gewalt lässt sich mindestens als drohende Gefahr ausmachen. Diesem lässt sich tatsächlich nur durch Deeskalation und zivilgesellschaftliche Inklusion begegnen. Doch müssen daraus konkrete Maßnahmen zur Überwindung der Gräben folgen, damit tatsächlich wieder Vertrauen und Gemeinsamkeit herrschen und Betonung finden. Dies führt uns zu einem anderen Beispiel, jenem Kolumbiens.

Der Fall Kolumbien:

Kolumbien ist von einem seit Jahrzehnten andauernden internen Konflikt gezeichnet. Dieser war mal ein offener Krieg, mal eine gewaltsame Auseinandersetzung in einigen Regionen. Doch seit Jahrzehnten herrschen insbesondere in einigen Regionen Angst, Gewalt, Gegengewalt, Unterdrückung und eine Unmöglichkeit friedlicher Entwicklung und Artikulation. Lange war der primäre Ansatz dabei Gewalt mit Gewalt zu bekämpfen, es wurde Polarisierung mit Polarisierung begegnet. Doch gab es auch immer wieder andersartige politische Ansätze die auf Ausgleich setzten und darauf, die andere Seite in ihren Interessen ernst zu nehmen. Dieser Ansatz wurde in den letzten Jahren mit Blick auf die terroristisch agierende FARC verfolgt. Ihre Anliegen wurde gehört, aber auch jene staatlicher Repräsentant*innen. Unter einem Dach gemeinsamer Interessen – vor allem Frieden und eine folgende friedliche Entwicklung – wurden die unterschiedlichen Interessen artikuliert und versucht Kompromisse zu finden. Die Ausgangspositionen dabei waren nicht gerade die besten, eine Seite schrie nach Vergeltung und Bestrafung, andere nach weiterem Kampf sollten nicht alle ihre Interessen durchsetzbar sein. Klar war aber, dass es eine Überwindung des Konfliktes nur geben konnte, wenn beide Seiten die Einigung zumindest als Kompromiss sahen. Hauptanliegen waren dabei ein Ende der Kämpfe inklusive einer Entwaffnung, eine Bestrafung von Verbrechen und eine politische Inklusion. Während manch*e etablierte*r Akteur*in vor allem letzteres schreckte, galt dies für die FARC für die Fragen der Bestrafung. Doch gab es die Einsicht, dass es ohne Inklusion und Bestrafung nicht zu einer Überwindung des Konfliktes und auch nicht zu einer Überwindung der Bi-Polarisierung kommen konnte. So wurde schließlich ein Friedensvertrag geschlossen und der Bevölkerung zum Referendum vorgelegt. Und diese lehnte den Vertrag ab, mit sehr knapper Mehrheit. Dies hätte schnell die Reaktion hervorrufen können, dass die Bevölkerung bei zentralen Fragen nicht befragt werden sollte – zeigte dies nicht das Brexit-Referendum, oder auch so manche Abstimmung direkter Demokratie in der Schweiz? Diese Reaktion gab es, aber es wurde auch gefragt, wie es zu dieser Ablehnung kommen konnte, die auffälligerweise vor allem eine Ablehnung jener Personen und Orte war, die weniger vom Konflikt der letzten Jahre betroffen waren. Dahinter steht durchaus wieder eine gesellschaftliche Polarisierung zwischen jenen Regionen und Personengruppen, die sich dem Konflikt entwachsen sehen, einen Kompromiss also als weniger notwendig, und jenen, die nachwievor unter diesem leiden. Desinteresse erlaubte dabei, dass die Vereinfachung von Parolen in einem komplexen Prozess wirkungsmächtig wurde. So steckte dahinter auch eine politische Instrumentalisierung der Gegensätze. Denn die Werbung für ein Nein zum Friedensvertrag setzte bewusst auf eine Polarisierung, erzeugte Ressentiments und ein Gefühl von „Wir-gegen-die“. Dieses berücksichtigend zeigt sich, wie zentral eine Kommunikation von Kompromissen ist, ein Werben für Verständnis dafür, dass ein Kompromiss immer Zugeständnis bedeutet, am Ende aber ein gesamtgesellschaftlich tragfähiges Ergebnis steht, welches verschiedene Strömungen vereint. Dabei gilt es die reale Heterogenität einer Gesellschaft zu betonen statt vereinfachte Homogenisierungen zu konstruieren. Die Bedeutung der Überwindung von Gräben durch friedliche Kompromisse und ein konstruktives Wirken an einer tragfähigeren Zukunft erkannte nicht nur das Nobelpreiskomitee an, auch politisch wurde erkannt, wie wichtig der Kompromiss ist und neu sowie nachverhandelt werden musste. Dabei wurde auf Kritik des Nein-Lagers beim Referendum zumindest eingegangen, aber kein erneutes Referendum abgehalten. Stattdessen wird auf Versöhnungs- und Kommunikationsarbeit in Folge des Kompromisses gesetzt. Deren Wirksamkeit unterliegt nachwievor einem Praxis-Vorbehalt. Doch dieser Weg zeigte eine Möglichkeit der Überwindung von Polarisierungen und eine andere Art der Deeskalation. Statt bestimmte Themen politisch aufzuladen und zur Wahl zu stellen, soll primär vermittelt und an einer konstruktiven Überwindung gesellschaftlicher Po-

larisierungen gewirkt werden. Dabei wird auf zivilgesellschaftliche Ansätze ebenso gesetzt wie zentralpolitische Kommunikation, aber eben nicht mehr auf die Stilisierung einer Wahl zum Plebiszit über eine Ja-Nein-Frage. Ein reines Dagegen-Sein reicht in diesem Kontext nicht mehr, es geht darum, sich selber einzubringen, auch kritisch. Aber ein Einbringen kann nicht dabei stehen bleiben, wogegen man ist, sondern inkludiert sich zu einem Weg zu bekennen. Auch Kolumbien bleibt polarisiert und der Kompromiss verbleibt fragil. Aber es werden Herausforderungen in der gesellschaftlichen und politischen Polarisierung erkannt und Wege daraus gesucht. Durchaus ist dies mit Scheitern verbunden, wie das Referendum zeigte, aber auch mit einem Willen weiter zu machen, durch mehr Inklusion und zivilgesellschaftliche Aktivierung und Einbindung. Überwinden und Frieden schaffen bedeuten dabei regionale, dialogistische und zivilgesellschaftliche Arbeit in einem größeren Kontext gesamtgesellschaftlicher Interessen.

Conclusio:

Das ausgemachte Phänomen gesellschaftlicher und politischer Polarisierung verbreitet sich global. Nicht überall ist dies ein Massenphänomen, aber doch immer eine Herausforderung. Eine große Gefahr dabei ist die Instrumentalisierung jener Tendenzen, wie sie Wahlsiege von Polarisierer*innen zeigen. Diese stehen zumeist für Vereinfachungen, die Polarisierungstendenzen noch verstärken und teilweise überbetonen. Statt auf gesamtgesellschaftliche Bemühungen zur Begegnung der dahinter liegenden Problemfelder zu setzen, werden Gegensätze verstärkt und alle Seiten dazu verleitet, ihr Dagegen zu betonen. Aber es geht auch anders, wie zumindest manche Ansätze zeigen. Dahinter steckt die primäre Notwendigkeit der Deeskalation. Dabei kann es allerdings nicht bleiben, es geht darüber hinaus um eine Inklusion und Ermächtigung gerade zivilgesellschaftlicher Kräfte, darum diesen Gehör zu schenken und Mitwirkung zu ermöglichen – dies darf als eine erste These dieses Textes gelten. Nur so kann auf die Deeskalation eine konstruktive Inklusion folgen. Denn die hinter den Polarisierungstendenzen stehenden Herausforderungen sind real – es bedarf einer Mobilisierung gesellschaftlicher Kräfte diesen zu begegnen. Dafür braucht es Kommunikation und offener, kritischer, konstruktiver und inklusiver Arbeit zwischen politischen und zivilgesellschaftlichen Kräften. Dies ist keine Utopie, sondern wird bedingt bereits praktiziert und erweist sich als einziger Weg perpetuierende Polarisierungen zu überwinden. Dafür gilt es aufeinander zuzugehen, zu kommunizieren, offen zu sein und Kompromisse zu suchen, eigene Interessen zu betonen ohne die anderer zu negieren. So steckt in der derzeitigen Polarisierungstendenz auch ein Moment der Hoffnung, dass deren Überwindung zur Stärkung zivilgesellschaftlicher Mitwirkung und mehr Inklusion führt – auch diese Art der Betrachtung der derzeitigen Situation ist als eine zweite These zu verstehen.

Dies führt zuletzt zu einem Aspekt, der hier immer wieder angeschnitten, jedoch nicht explizit gemacht wurde. Dabei handelt es sich um die Frage, ob es eine Zivilgesellschaft gibt oder mehrere; dies bezieht sich sowohl auf Zivilgesellschaft in den USA oder Kolumbien als auch global. Für ein mehr oder minder geschlossenes Gemeinwesen ist diese Frage dabei eher zu beantworten als auf globaler Ebene. Wenn in den USA als sehr diverser Gesellschaft von einer Zivilgesellschaft ausgegangen wird, dann ist es auf jeden Fall eine, die deutlich in verschiedene Interessengruppen zerfallen ist. Dies gilt aber generell für jede staatlich gefasste Zivilgesellschaft, sie trennt sich nach Lebenswelten, Wirkungssphären, Schichten oder politischen Ausrichtungen. Da diese Komplexität nicht stets von allen erfasst wird, kommt es zu „Überraschungen“ wie einem Wahlsieg Trumps, der nun mal in manche Lebenswelt nicht „passt“. Um hier von einer Einheit auszugehen, gilt es Verbindendes wie ein gemeinsames Narrativ zu finden, sonst müsste von multiplen Zivilgesellschaften ausgegangen werden. Übertragen auf eine globale Zivilgesellschaft gilt vergleichbares. Operationalisiert bietet es sich dabei an, von einem staatlichen Exempel auszugehen, um Verbindungselemente herauszuarbeiten, und diese Ergebnisse anschließend auf eine globale Ebene zu übertragen. Dieser Schritt wurde hier noch nicht unternommen. In diesem Kontext ist anzumerken, dass ein Aufgeben der Einheit von Zivilgesellschaft Polarisierungen manifestieren würde, statt die Möglichkeit der Vermittlung und

Versöhnung zu betonen. Statt dem integrativen Dialog innerhalb einer Zivilgesellschaft müsste es dann darum gehen getrennte Einheiten zu verbinden, also die gesamte Struktur anzugehen. Daher soll hier als dritte These davon ausgegangen werden, dass sich tatsächlich eine staatlich gefasste, und ja, sogar eine globale Zivilgesellschaft erfassen lässt. Dies wird ein Konzept durchaus mit inneren Widersprüchlichkeiten sein, ein stetig Werdendes, aber eben auch eines, welches für eine Zukunft der möglichen Deeskalation steht statt einer weiter vertieften Polarisierung. Doch zu dieser These gilt es, wie hier skizziert, weiter zu arbeiten.

WEITERFÜHRENDE LITERATUR

Zum globalen Phänomen:

Bonura, Carlo: Political Polarization, Transition, and Civil Society in Thailand and Malaysia (Middle East Institute). Online in: <http://www.mei.edu/content/map/political-polarization-transition-and-civil-society-thailand-and-malaysia> (Stand: 22.09.2015/Letzter Zugriff: 30.13.2016).

Institute for Strategic Dialogue: The Role of Civil Society in Counter-Radicalisation and De-Radicalisation. In: PPN Working Paper.

Nandlinger, Gabriele: Polarisierte Gesellschaft (blick nach rechts). Online in: <http://www.bnr.de/artikel/aktuell-aus-der-zivilgesellschaft/polarisierte-gesellschaft> (Stand: 22.11.2016/Letzter Zugriff: 30.12.2016).

Tiwana, Mandeep S.: Opinion: Why Are Threats to Civil Society Growing Around the World? (Inter Press Service). Online in: <http://www.ipsnews.net/2015/06/opinion-why-are-threats-to-civil-society-growing-around-the-world/> (Stand: 10.06.2015/Letzter Zugriff: 30.12.2016).

Zu den USA:

Bardi, Ugo: Trump, the Unavoidable: Is Political Polarization Destroying Democracy (Global Research). Online in: <http://www.globalresearch.ca/trump-the-unavoidable-is-political-polarization-destroying-democracy/5523290> (Stand: 04.05.2016/Letzter Zugriff: 30.12.2016).

Blankenhorn, David: Why Polarization Matters (The American Interest). Online in: <http://www.the-american-interest.com/2015/12/22/why-polarization-matters/> (Stand: 22.12.2015/Letzter Zugriff: 30.12.2016).

Cohn, Nate: Polarization is Dividing American Society, Not Just Politics (The New York Times). Online in: https://www.nytimes.com/2014/06/12/upshot/polarization-is-dividing-american-society-not-just-politics.html?_r=0 (Stand: 12.06.2014/Letzter Zugriff: 30.12.2016).

Zu Kolumbien:

Abello Banfi, Jaime: Colombia debe superar la polarización que la divide (The New York Times). Online in: <http://www.nytimes.com/es/2016/10/03/colombia-debe-superar-la-polarizacion-que-la-divide/> (Stand: 03.10.2016/ Letzter Zugriff: 30.12.2016).

Manfredi, Luciana/Milanese, Juan Pablo: Colombia y el Triunfo del No: Radiografía de una Sociedad que Vive entre la Polarización y el Desinterés (Asuntos del Sur). Online in: <http://www.asuntosdelsur.org/opinion/colombia-y-el-triunfo-del-no-radiografia-de-una-sociedad-que-vive-entre-la-polarizacion-y-el-desinteres> (Stand: 07.10.2016/Letzter Zugriff: 30.12.2016).

Rey Marcos, Francisco: La paz en Colombia ¿A la segunda va la vencida? (Instituto de Estudios sobre Conflictos y Acción Humanitaria). Online in: <https://www.iecah.org/index.php/articulos/3123-la-paz-en-colombia-a-la-segunda-va-la-vencida> (Stand: 21.11.2016/Letzter Zugriff: 30.12.2016).

& als Exempel für Aktivitäten:

Reconciliación Colombia. Online in: <http://reconciliacioncolombia.com>.



Alle Rechte vorbehalten.

Abdruck oder vergleichbare Verwendung von Arbeiten des Instituts für Sozialstrategie ist auch in Auszügen nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung gestattet.

Publikationen des IfS unterliegen einem Begutachtungsverfahren durch Fachkolleginnen und -kollegen und durch die Institutsleitung. Sie geben ausschließlich die persönliche Auffassung der Autorinnen und Autoren wieder.